

# Mitmachen, spenden, stiften

Die Berliner Bürgerstiftung feiert ihren 20. Geburtstag | Von Detlef Prinz

Nicht nur hier auf dieser Seite, im wöchentlich erscheinenden HAUPTSTADTBRIEF AM SONNTAG beleuchten wir die großen Fragen, die uns in Deutschland bewegen: die sich rasant verändernde Welt und ihre mächtige Akteure, die Rolle und der Zustand Europas, die Politik der großen Koalition in Berlin, die sprichwörtliche Lage unseres Landes nach den beiden ostdeutschen Landtagswahlen, die drängenden Themen der Bundespolitik – Klimawandel, Energie, Steuer, Rente und die Zukunft der Arbeitsgesellschaft, um nur einige Themen zu nennen. Diese Debattenbeiträge sind unerlässlich zur Meinungsbildung. Und wir lassen hier profunde, engagierte und leidenschaftliche Autorinnen und Autoren zu Wort kommen.

Heute möchte ich als Verleger des HAUPTSTADTBRIEFES und Bürger dieser Stadt aber einmal diesen Raum nutzen und Ihren Blick auf eine Initiative richten, ohne die unser Berliner Gemeinwesen wirklich ärmer wäre: die Berliner Bürgerstiftung. Denn die sogenannte „große“ Politik kann dauerhaft nur gelingen, wenn im sogenannten „Kleinen“ zugleich „Großes“ von Menschen geleistet wird. Und das ist bei der Berliner Bürgerstiftung der Fall.

Es ist mir deswegen eine Herzensangelegenheit, an dieser Stelle der Bürgerstiftung Berlin zu ihrem 20. Geburtstag zu gratulieren und all den Frauen und Männern, die sich dort im Kinder- und Jugendbildungsbereich engagieren, meinen Dank auszusprechen.



Begeisterung wecken: das Projekt LeseLust der Bürgerstiftung Berlin in einer Grundschule.

Dieses Engagement erfolgt in Form von Spenden, aber auch durch freiwillige Arbeit, also mit Zeit und Ideen, mittels derer sich hunderte Menschen einbringen. 500 ehrenamtliche Paten sind etwa einmal wöchentlich in den Schulen und Kitas Berlins aktiv. Sie ermuntern zum Lesen, wecken Begeisterung für die Natur-



DETLEF PRINZ

ist Verleger des Hauptstadtbriefes

wissenschaften oder die Umwelt. Seit einigen Monaten bringt die Bürgerstiftung alte mit jungen Lesebegeisterten im Projekt „LeseBesuch“ zusammen. Ehrenamtliche lesen alten Menschen in Berliner Einrichtungen vor.

Was besonders wichtig ist: Die Bürgerstiftung Berlin ist wirtschaftlich und

politisch unabhängig sowie konfessionell und parteipolitisch nicht gebunden, sie hilft pragmatisch, zielgerichtet und unbürokratisch.

Eine besondere Benefiz-Auktion mit Kilian Jay von Seldeneck vom Kunsthaus Lempertz als Auktionator erwartet die Gäste der Bürgerstiftung Berlin am 20. September 2019 im WECC Westhafen Event & Convention Center. Zu ihrem 20. Geburtstag präsentiert die Bürgerstiftung eine Auktion mit mehr als 50 Kunstwerken von bedeutenden Kunstschaffenden wie Norbert Bisky, Georg Baselitz, A.R. Penck und Jorinde Voigt und anderen. Die Erlöse des Abends unter der Schirmherrschaft von Wolfgang Thierse kommt allen Projekten der Bürgerstiftung zugute. So profitieren mehr als 10.000 Berliner Kinder und Jugendliche davon.

Ich möchte Sie hiermit alle herzlich einladen, die verdienstvolle Arbeit der Bürgerstiftung Berlin auf Ihre Art zu unterstützen! Wir wissen ja aus Erfahrung: Wenn viele von uns auch nur ein wenig spenden, stiften oder mit praktischer Arbeit ihre Zeit und ihre Ideen in eine gute Sache investieren, dann wird unser Gemeinwesen und unser Zusammenleben spürbar und sichtbar stärker und fester. Über die große Politik streiten wir dann später wieder.

**Näheres zum möglichen Engagement erfahren Sie auch unter [buergerstiftung-berlin.de](http://buergerstiftung-berlin.de)**

## DIE KOLUMNE AM SONNTAG

### Stadtleben



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des HAUPTSTADTBRIEFES. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Umfragen sind das eine – entscheidend sind Wahlergebnisse. Und nach ihnen haben sich die Grünen in den Städten und erst recht in den Metropolen und Universitätsstädten Deutschlands zur führenden politischen Kraft entwickelt. Die Europawahl zuletzt im Mai war ein Signal erster Güte. In den vier Millionenstädten – Berlin, Hamburg, München, Köln – lagen die Grünen vor Union und SPD. In den meisten Landeshauptstädten schnitten sie besser ab als die Konkurrenten, so auch in Düsseldorf, Kiel, Stuttgart, Mainz, Hannover und Potsdam, und auch in den anderen ostdeutschen Landeshauptstädten hielten sie gut mit. In vielen nordrhein-westfälischen Großstädten lagen sie auf Platz eins, darunter in der früheren Bundeshauptstadt Bonn. In manchen Innenstadtbereichen bekamen sie fast 50 Prozent der Stimmen. Zwar muss das Verhalten der Wähler bei einer Europa-Wahl nicht mit dem bei einer Kommunalwahl übereinstimmen – doch vielerorts, wo am selben Tag beide Wahlen stattfanden, war das der Fall. In Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Heidelberg gewannen die Grünen bei beiden Wahlen Platz eins. Dass die Ergebnisse im Mai kein auf die Europawahl beschränkter „Zufall“ waren, zeigte sich jetzt auch bei den Landtagswahlen in ostdeutschen Bundesländern. In Dresden, Leipzig und Potsdam gewannen Grünen-Kandidaten erstmals ihre Wahlkreise.

Die Grünen sind zur deutschen Großstadtpartei schlechthin geworden. Einst war das die SPD gewesen. Tempi passati. Auch die vielen CDU-Großstadt-Kommissionen waren erfolglos. Vor ein paar Jahren gelang es der CDU in Köln nicht einmal, einen Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl zu finden. Sie schloss sich dem Vorschlag der Grünen an, Henriette Reker zu nominieren, die dann auch die OB-Wahl gewann und im nächsten Jahr wieder antreten will.

Das alles wird Folgen haben. Die Stimmung im Lande wird in den Großstädten geprägt. Das Personal der Parteien wird vor allem in den städtischen Milieus rekrutiert. Dort sind die Parteien den Bürgern am nächsten. Dort gewinnen – oder verlieren – sie politisches Vertrauen, das sich dann bei Landtags- und Bundestagswahlen auswirkt. Im kommenden Februar bei der Bürgerschaftswahl könnten die Grünen auch Hamburg erobern und den Regierungschef stellen. Im Herbst 2021 könnte es auch in Berlin so kommen; dann wird das Abgeordnetenhaus gewählt – und wahrscheinlich am gleichen Tag der Bundestag.

# Freiheit, Demokratie, Solidarität

Die EU bleibt ein großer Erfolg, der Brexit stärkt sie. Auch Boris Johnson dürfte dies noch merken | Von Michael Rutz

Wer in diesen Tagen über die Europäische Union (EU) spricht, von dem erwarten die Zuhörer Kritik/Negatives. Denn an der EU gibt es vieles zu kritisieren, und Medien und Politiker füllen – zumal in Zeiten des Wahlkampfes – dieses „Framing“ weidlich aus: zu viel Brüsseler Bürokratie, zu bevormundend, die Nationalstaaten einengend, nicht wirklich demokratisch, zu different die Vorstellungen ihrer Mitglieder über Ausmaß und Methoden vergemeinschafteter Politik.

Nicht alles an dieser Kritik ist falsch. Da verwundert es, dass die Liste der Staaten, die gerne EU-Mitglied werden möchten, immer noch lang ist. Sie alle rekurrieren auf den Artikel 49 des EU-Vertrags, der jedem europäischen Land das Recht einräumt, einen Beitrittsantrag zu stellen. Montenegro, Serbien, Albanien und Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, die Türkei: Gerne würden sie zur EU stoßen.

Unterschieden ist auch, wie das eines Tages mit den EFTA-Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen oder der Schweiz sein wird. Selbst in Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, der Ukraine und Weißrussland werden immer wieder Beitrittsambitionen formuliert – nur gebremst vom wachsamen Auge Moskaus. Russlands leidet noch stark unter den Amputationsschmerzen durch den Zerfall des Sowjetreiches und würde gerne wieder zu alter Einflussgröße aufwachen, weshalb es die Erweiterung der EU als territoriale Gefahr missversteht.

Was macht die EU so attraktiv? Immer noch ist es die klare Erkenntnis, dass von

diesem Zusammenschluss eine ungeheure Friedendividende ausgeht. Nach einem halben Jahrhundert der Weltkriegs-Katastrophen hat Westeuropa seit 1950 eine geschichtlich bisher unbekannte Zeit des Friedens in Freiheit erlebt, weil es zugunsten der gemeinsamen Idee das Nationale in den Hintergrund schob.

Der Kontinent durfte sich, in seinem westlichen Teil, zurückbesinnen auf die besten Traditionen Europas, in dem die Gedanken von Menschenwürde, Freiheit und Demokratie wurzeln. Er bekam die Chance, damit auch seine Traditionen der Unterwerfung und des Kolonialismus zu beenden. Individuelle Freiheit, Demokratie und menschliche wie materielle Solidarität – vor allem diese Versprechen entwickelten eine Anziehungskraft, die nach 1989 zum Zerfall des Sowjetreichs führten und zur so genannten „Osterweiterung“ der EU.

Das war kein EU-Expansionismus, mit Waffen oder Erpressung herbeigezwungen, vielmehr wollen all diese Menschen in Gesellschaften leben, deren Freiheiten auch wirtschaftliche Expansion und Wohlstand sichern. Diese EU mit allen ihren menschenfreundlichen Grundlagen entwickelt bis heute große Anziehungskraft, sie ist eine Verheißung für viele Staaten und auch Migranten in aller Welt, die teilhaben wollen am „europäischen Traum“.

Der Austritt Großbritanniens aus der EU ändert daran nichts. Das Land leidet unter den Nachwehen des Verschwindens seines großen Empire, es spürt die Immigrationsfolgen seiner Kolonialisierung und auch jene der modernen Migration und ist



Neuer Anfang, neue Präsidentin: Ursula von der Leyen und die EU

deshalb auf der Suche nach seiner eigenen Identität, die es notfalls um den Preis unvernünftiger Selbstkasteiung und materieller Abstriche zu finden wünscht.

Die EU ist da im Wege, weil ihr großzügiger Gedanke der Überwölbung nationalistischen Empfindens diesen Prozess stört. Ja, und vielleicht zählt in nicht allzu ferner Zeit auch Großbritannien wieder zu den Beitrittskandidaten, weil man auf der Insel nicht verlernen wird, die Ideale der EU zu teilen.



PROF. MICHAEL RUTZ

war Chefredakteur von SAT 1 (1989 bis 1994) und bei der Wochenzeitung Rheinischer Merkur (1994 bis 2010). Er ist Autor zahlreicher Bücher und Fernsehfilme.

Der Schaden durch den EU-Austritt wird immens sein – wirtschaftlich, politisch, bildungspolitisch, wissenschaftlich, migrationspolitisch. Die anderen EU-Mitglieder sind gewarnt: Das wollen sie nicht erleben, weshalb der „Brexit“ zu einem Element der EU-Stärkung geworden ist und man auch frischen Willen zum Zusammenhalt spürt. Angesichts ihrer gegenwärtigen Probleme kann die EU für den Brexit geradezu dankbar sein.

Erfahrene EU-Politiker sehen denn auch die gegenwärtige EU-Krise gelassen. Sie wissen: Schon immer ist der Staatenbund aus seinen oft großen inneren Verwerfungen gestärkt hervorgegangen. 1954 scheiterte das Vorhaben einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, aber 40 Jahre später gelang sie doch. 1963 verhinderte Frankreich den EU-Beitritt Großbritanniens – nach zehn Jahren wurde er doch vollzogen. 1979 ließ Margaret Thatcher

durch ihre erfolgreiche Einforderung eines Beitragsrabatts die Europäische Union beinahe platzen – die aber hielt zusammen. 1992 scheiterte der Maastricht-Vertrag an Dänemark – ein Jahr später stimmten sie nach dem Geschenk kleinerer Ausnahmeregelungen doch zu. 1999 standen EU-Kommissare unter Betrugsverdacht – eine neue EU-Kommission reparierte den Schaden. 2001 lehnten die Iren den Vertrag von Nizza ab, ein Jahr ratifizierten sie das Vertragswerk doch (nach der Zusicherung ihrer militärischen Neutralität). 2005 stimmten Franzosen und Niederländer und auch die Briten gegen die EU-Verfassung, man ersetzte das Vorhaben später durch den Vertrag von Lissabon.

Und so ging es weiter: Immer wieder Streit und neue Untergangsprognosen aufgeregter Medien und Politiker, aber eben immer wieder Einigung – und immer wieder neue Mitglieder für die EU.

Politik wird von Menschen gemacht, auch die der Europäischen Union. Sie ist stark immer dann, wenn charismatische Führer große Ideen mit Tatkraft zu verbinden verstehen. Frankreichs Präsident Macron ist so ein Typus. Die Eleganz, mit der er beim G7-Gipfel Ende August vorführte, wie man Krisenherde der Welt mit Diplomatie entschärfen kann, hat auch der EU genutzt und spüren lassen, über welche inneren Kräfte sie verfügt. Darauf kann man bauen.

Nun braucht die EU einen Dialog und einen großen Kompromiss über ihre künftige Form. Dann wird sie wiederum stärker sein als zuvor – und man kann sicher sein: Dieser Findungsprozess wird mit der neuen EU-Kommissionspräsidentin gelingen.